



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

1. Mai 1949

Hannover, 26. April 1949

Für ein demokratisches Deutschland in einem geeinigten Europa

Von Dr. Kurt Schumacher

Seit fast sechs Jahrzehnten demonstrieren die Arbeitenden der ganzen Welt am 1. Mai für ihre sozialen Forderungen, für die internationale Gemeinschaft aller Arbeitenden, für den Frieden.

Niemals mehr als heute spricht man von der Notwendigkeit der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas, ruft man nach Internationalität und Frieden. Aber diese grossen für Europa und die Welt lebensnotwendigen Ideen stossen sich an den harten Tatsachen. Das Dritte Reich hat Europa überfallen und Ablehnung, Hass und Willen zur Vergeltung gegenüber den Deutschen wachgerufen. In Mittel- und Westeuropa konkurrieren die Nationalstaaten und Nationalwirtschaften. Deutschland, das letzte Glied in der Kette der Hilfsbedürftigen, ist politisch und wirtschaftlich zerrissen und entkräftet.

Europa kann sich nicht erholen, wenn ein grosser und wichtiger Teil krank ist. Deutschlands Desorganisation lähmt den europäischen Wiederaufstieg. Alle Teile Europas aber sind von der amerikanischen Wirtschaftshilfe abhängig. Kein Volk aber sollte vergessen, dass diese Hilfe nur durch eigene Leistung dauernd nutzbringend werden kann.

Wenn das deutsche Volk hätte mitbestimmen können an der Formung seines Schicksals, gäbe es keine Zonengrenzen und keine Trennung von Ost und West. Die politische Freiheit der demokratischen Idee hätte ganz Deutschland erobert. Alles würde in Deutschland anders aussehen. Im Westen, in dem die Demokratie sich zu entwickeln beginnt, gäbe es nicht den privaten Frühkapitalismus der Frankfurter Wirtschaftspolitik, die Herrschaft des rücksichtslosen den staatlichen Zusammenschluss gefährdenden Verdiennerwillens. Eine weitschauende Planung und vernünftige Lenkung auf die heute selbst die reichsten Länder nicht verzichten können, würde auch in Deutschland die Real-löhne und damit die Kaufkraft und das Steueraufkommen stärken. Nur dadurch kann die zunehmende Arbeitslosigkeit und das Elend der Opfer des Krieges - von den alten Menschen angefangen über die Kriegsbeschädigten bis zu dem verzweifelten Millionenheer der Flüchtlinge - vermieden werden.

In der sowjetischen Besatzungszone aber würde die Freiheit herrschen, die die Bläßstellung der grossen und lebensnotwendigen Idee des Sozialismus durch einen fremden Staatskapitalismus allein vermeiden kann.

Es ist die politische Freiheit der Demokratie, die eine gesunde Gestaltung des Soziallebens allein ermöglicht. Doss der Kommunismus diese Freiheit zerstört, lässt ihn zum Feind der Arbeiterklasse in aller Welt werden.

Ganz Deutschland braucht die Gleichheit von Recht und Wirtschaft, braucht die freiheitliche Demokratie, die Hilfe des Marshallplans und den einheitlichen sozialen Gestaltungswillen. Mit Westdeutschland soll dieses Werk begonnen werden, von hier sich soziale und politische Sicherheit in den Osten auswirken. Aber dazu ist nötig, dass Westdeutschland ein sicheres soziales Fundament hat und dass die Freiheit ein stärker gestaltendes Prinzip wird als bisher. Wohl haben wir in Westdeutschland die politischen Grundrechte der Demokratie, aber wir haben noch nicht ihre Gestaltung aus eigener Erkenntnis und freiem Willen. Den Ansturm des Nationalismus, des Neofaschismus und des Kommunismus, die alle dazu führen würden, auch unser Volk zu Satelliten des Ostens zu machen, kann man nur mit einem deutschen politischen Willen zurückdrängen. Als blosses Instrument alliierter Politik ist diese Aufgabe nicht zu bewältigen.

Es gibt gesicherte persönliche Freiheit auf die Dauer nur, wenn auch das Volk die Zuversicht hat, frei zu werden. Das ist nicht ungeduldiger Nationalismus. Es ist die Politik, mit der bei den herannahenden politischen Auseinandersetzungen um Deutschland gekämpft werden muss. Nur so können Nationalismus und Kommunismus zurückgeworfen werden.

Die Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteinstanzen zur staatlichen Neuordnung in Bonn vom 20. April in Hannover haben die Sozialdemokratie als einzige deutsche Partei gezeigt, die diesen Weg auch entschlossen zu gehen gewillt ist. Der kurzsichtige Versuch anderer politischer Richtungen, im Schatten alliierter Politik der Gruppen- und Länderinteressen wegen die deutsche Lösung zu vernachlässigen, hätte Europa und Deutschland in unabsehbare Gefahren gestürzt. Die Alliierten haben darum in ihrem Memorandum vom 22. April der sozialdemokratischen Forderung nach grösserer Freiheit und Selbständigkeit der Deutschen Rechnung getragen. Der Weg ist frei zu dem Ziel, mit dem aktiven demokratischen Beitrag der Deutschen die internationale Zusammenarbeit in Europa zu ermöglichen.

Die Sozialdemokratische Partei ruft auf zur Konzentration und Festigung der Kräfte und des arbeitenden demokratischen deutschen Volkes gegen den Klassen- und Gruppenegoismus der Ausbeuter und Vorgestrigen.

Ein lebensfähiges und soziales Deutschland schafft Willen und Vertrauen zur Demokratie. Ein Volk, das sich selbst bejehen kann, wird ein wertvoller Bestandteil einer internationalen Neuordnung im Sinne der Freiheit und des Friedens sein!